Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

175 (29.7.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 175 — Freitag, den 29. Juli 1932 — 104. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Der Reichsminister des Innern hat ein Schreiben an die Unterrichtsminister der Länder gerichtet, in dem er die Wiederaufnahme der Arbeiten zum Reichsschulgesetz und Maßnahmen zur Entpolitisierung der Schule ankündigt.

*

In der Frage der Neuregelung des Rundfunks ist zwischen Reich und Ländern eine völlige Einigung zustande gekommen.

*

Das preußische Staatsministerium hat acht Landräte, den Regierungspräsidenten von Königsberg und den Polizeipräsidenten in Magdeburg u. a. in den Ruhestand versetzt.

*

Im österreichischen Nationalrat verteidigte Bundeskanzler Dollfuß das Lausanner Anleiheabkommen.

*

Der dänisch-norwegische Grönlandkonflikt wird derzeit vom Internationalen Gerichtshof im Haag behandelt.

*

Eine Bergung der im Wrack der „Niobe" eingeschlossenen Toten ist zur Zeit unmöglich. Die Reichsbehörden setzen am Donnerstag und Freitag im ganzen Reich die Flaggen auf Halbmast.

*

Reichsinnenminister Freiherr von Gayl hat in einem Schreiben an die Unterrichtsminister der Länder neue Richtlinien für die künftige deutsche Schulpolitik aufgestellt, in dem er für eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen Reich und Ländern auf dem Gebiete der Schule, für die Entfernung der Parteipolitik aus der Schule, für die Erziehung der Kinder zu Volk und Staat, für die Zusammengehörigkeit von Deutschtum und Christentum usw. eintrat.

*

In Washington kam es zu einem Angriff der Veteranen auf ein Regierungsgebäude. Es mußten Militär und Tanks eingesetzt werden. Zwei Personen wurden getötet und sechzehn verletzt.

Um die deutsche Schule

von Gayl an die Unterrichtsminister

Berlin, 28. Juli. Der Reichsminister des Innern Freiherr von Gayl hat an die Unterrichtsminister der Länder ein Schreiben gerichtet, in dem er auf die **Bedeutung der deutschen Jugenderziehung** für die Wiederaufbauarbeit hinweist. Die Frage des Reichsschulgesetzes harre noch immer der Lösung. Er hoffe, demnächst mit den Ländern die Voraussetzungen für eine Wiederaufnahme der Arbeiten an diesem Gesetz beraten zu können. Das Schreiben enthält weiterhin eine Darlegung allgemeiner Gesichtspunkte für die Jugenderziehung. Die Erziehung zu Volk und Staat, zur Verantwortung und Opfertätigkeit gegenüber dem Ganzen wird als vornehmste Aufgabe der Schule bezeichnet. In Zukunft werde man die sachlichen Anforderungen wieder in allen Schularten steigern müssen, ohne die wertvollen pädagogischen und methodischen Neuerungen des letzten Jahrzehnts preiszugeben. Die **volks- und staatspolitische Erziehungsaufgabe der deutschen Schule** stehe in scharfem Gegensatz zu der **parteipolitischen Beeinflussung der Jugend.** Die schrankenlose Verhetzung durch parteipolitische Organisationen sei schlimmste Versündigung und das Gegenteil zur Erziehung zu echter Staatsgesinnung. Die bisherigen Maßnahmen zur **Entpolitisierung der Schule** seien nicht hinreichend. Lehrer dürfen keine Parteimänner, sondern müßten Jugenderzieher sein, die in ihrer pädagogischen Haltung den überparteilichen Staatsgedanken verkörpern. Die Erziehung zu echter Staatsgesinnung müsse ergänzt und vertieft werden durch **eine deutsche Bildung,** die sich auf die geschichtlich-kulturelle Wertgemeinschaft des deutschen Volkes gründet und ein lebendiges Volksbewußtsein entwickelt. Dieser Gedanke wird in dem Schreiben dann weiterhin mit Bezug auf die einzelnen Schularten entwickelt. Betont wird, daß die Erziehung ihre stärkste innerliche Kraft aus den Wahrheiten des Christentums empfange. Deshalb werde der Minister es als besondere Pflicht betrachten, die freie **Entfaltung der christlichen Schule** und die christliche Grundlage aller Erziehung zu sichern. Zum Schluß des Schreibens erbittet der Minister die vertrauensvolle Zusammenarbeit der Länderregierungen mit dem Ziele, durch die rechte Erziehung der deutschen Jugend die Zukunft Deutschlands zu sichern.

Der Zwischenfall im Reichsrat

Berlin, 28. Juli. In verschiedenen Zeitungen sind unwahre Nachrichten über den Verlauf der Sitzung der Vereinigten Ausschüsse des Reichsrats verbreitet worden. Insbesondere wird mitgeteilt, daß der den Vorsitz führende Reichsinnenminister den zur Sitzung erschienenen Staatsminister Hirtsiefer unter Androhung von Gewalt zum Verlassen der Sitzung aufgefordert habe. Richtig ist folgendes: Der Reichsinnenminister ließ Hirtsiefer in das Ministerzimmer bitten. In der dort abgehaltenen und einige Minuten dauernden Aussprache über die Rechtslage gelang es dem Reichsinnenminister, Hirtsiefer davon zu überzeugen, daß er seinen Zweck ebenso gut durch ein Protestschreiben an den Reichskanzler, wie durch Erscheinen in der Sitzung erreichen könne. Der Reichsinnenminister vertrat dabei den Standpunkt der Reichsregierung, daß mit der Ausübung der Tätigkeit des Ministeramtes auch das Amt als preußischer Bevollmächtigter zum Reichsrat ruhen müsse. Eine Beeinträchtigung der Rechte des Landes Preußen durch Stimmverlust trete nicht ein, da die preußischen Regierungsstimmen von einem Bevollmächtigten abgegeben werden. Von einer Hinausweisung und einer Androhung von Gewalt kann nicht die Rede sein. Nach der Unterredung, die in der angenehmsten äußeren Form verlief, trennten sich die beiden Minister mit Händedruck.

Reichstrauer um die Toten der „Niobe"

Berlin, 28. Juli. Anläßlich des Untergangs des Segelschulschiffs „Niobe" der Reichsmarine setzten am Donnerstag, den 28., und am Freitag, den 29. Juli, die Reichsbehörden im ganzen Gebiet die Flaggen auf Halbmast. Die Landesregierungen sind ersucht, sich dem Vorgehen der Reichsregierung anzuschließen.

Kiel, 28. Juli. Wie der Leiter der Bergungsarbeiten an der untergegangenen „Niobe", Kapitänleutnant Boie, meldet, ist nach dem Stand der Arbeiten von Donnerstag vormittag eine Bergung der im Wrack eingeschlossenen Toten der „Niobe" zur Zeit unmöglich. Die Bergungsarbeiten an der gesunkenen „Niobe" sind am Donnerstag früh fortgesetzt worden. Um 6.50 Uhr ist ein Taucher zum Wrack hinuntergegangen, um 7 Uhr ein weiterer und um 8.45 Uhr ein dritter Taucher. Das Wrack liegt fast horizontal auf der Backbordseite. Der Zugang zu den Räumen des Schiffes ist durch ein starkes Gewirr von Segeln und Tauen zur Zeit noch immer behindert.

Die Bergungsarbeiten im Fehmarn-Belt

Zu den Bergungsarbeiten im Fehmarn-Belt wird mitgeteilt, daß die Entfernung der Takelage der „Niobe" selbst bei günstigem Wetter sieben Tage in Anspruch nehmen wird. Erst dann wird man ins Innere des Schiffes gelangen und an die Bergung der Leichen denken können.

*

Reichswehrminister und Chef der Marineleitung danken.

T.U. **Berlin,** 28. Juli. Anläßlich des Unterganges des Segelschulschiffs „Niobe" sind dem Reichswehrminister und dem Chef der Marineleitung aus allen Teilen des Deutschen Reiches und des deutschen Volkes, sowie aus vielen außerdeutschen Ländern Beileidskundgebungen zugegangen.

Der Reichswehrminister und der Chef der Marineleitung sprechen allen denen, die mit warmherziger Teilnahme des Unglücks gedacht haben, das die Reichsmarine und die Angehörigen der Verunglückten betroffen hat, ihren und der Reichsmarine herzlichen Dank aus.

Karte der Unglücksstelle am Fehmarn-Feuerschiff zwischen der deutschen Insel Fehmarn und der dänischen Insel Laaland.

Massenkundgebung im Grunewaldstadion

Berlin, 28. Juli. Die NSDAP. veranstaltete am Mittwoch abend im Deutschen Stadion im Grunewald einen Sportlag der SA., auf dem Adolf Hitler und Dr. Goebbels sprachen. Schon vor Beginn der Veranstaltung war das Stadion völlig gefüllt, so daß die Tribünen der Grunewaldrennbahn freigegeben wurden. Nach Flugvorführungen marschierte die SA. im Innenraum des Stadions mit ihren Fahnen auf. Als erster Redner sprach Dr. Goebbels, der u. a. ausführte, überall in Deutschland, wo man heute hinsehe, erblicke man einen Zerfall der Wirtschaft und der Finanzen. Auf den Trümmern dieser Existenzen stehe der deutsche Mittelstand. Das Volk sei zerrissen und im Lande stehe das Gespenst des Hungers und der Verzweiflung. Das alles sei das Ergebnis einer 14jährigen Systempolitik. Der Redner wandte sich in scharfen Worten gegen die Sozialdemokraten und fuhr fort, Hitler habe den festen Willen und die Entschlossenheit, des Volkes Einheit wieder herzustellen und das Reich zu neuer Kraft und neuer Stärke aufzurichten. Zwölf Jahre lang habe der Nationalsozialismus Widerstand geleistet; jetzt sei die Zeit gekommen, um die Verantwortung zu übernehmen. Das Volk müsse vertrauensvoll die Macht in die Hand Hitlers legen.

Wirtschaftsfragen vor dem Reichskabinett

T.U. **Berlin,** 29. Juli. In einer Sitzung am Donnerstag beschäftigte sich das Reichskabinett mit Wirtschaftsfragen. Dabei standen, wie die „Börsenzeitung" erfährt, die Zinssenkungen für in- und ausländische Schulden, die Zusammenfassung der Betriebe der öffentlichen Hand und schließlich die Frage, ob in der deutschen Handelspolitik das System der Meistbegünstigung durch das Kontingentsystem ersetzt werden soll, zur Erörterung. Die Reichsregierung beabsichtigt, diese Frage nach Möglichkeit nicht generell und mechanisch durch Zwangseingriffe zu lösen, sondern den Versuch zu machen, durch direkte Verhandlungen zwischen Gläubiger und Schuldner eine Zinssenkung zu erreichen, wobei die Reichsregierung bereit sei, durch die Einrichtung von Spruchstellen den Vermittler und Schiedsrichter zu spielen. In gleicher Weise ist beabsichtigt, an die ausländischen Gläubiger heranzutreten. Was die Zusammenfassung der Betriebe der öffentlichen Hand betreffe, so gehe man regierungsseitig von dem Grundsatz aus, daß der Einfluß des Reiches auf solche Betriebe im Interesse einer planvollen Wirtschaftspolitik zur Anwendung und Wirkung gebracht werden müßte. Bei grundsätzlicher Anerkennung des Prinzips privatwirtschaftlicher Rentabilität sei die Regierung dem Vernehmen nach der Ansicht, daß gewisse Teile der Privatwirtschaft mehr als bisher reformbedürftig seien und es Aufgabe der Reichsregierung sei, ihren wirtschaftlichen Einfluß im Sinne des Preisabbaues auf reformbedürftige Wirtschaftszweige auszuüben. Bezüglich der Handelspolitik sei eine Entscheidung darüber, ob mit dem Meistbegünstigungsprinzip zugunsten des Kontingentsystem gebrochen werden soll, noch nicht gefallen. Im ganzen gingen die Sympathien der Reichsregierung zweifellos in der Richtung einer Bejahung des Kontingentsystems.

Hugenbergs Rundfunkrede

Königsberg, 28. Juli. Der deutschnationale Parteiführer Dr. Hugenberg sprach von Königsberg aus über alle deutschen Sender. Für die deutschnationale Volkspartei sei nicht die Erringung der Macht die Hauptsache, sondern die Ausnutzung der Macht zum Wiederaufbau des Staates und seiner Wirtschaft. Den Nationalsozialisten allein werde die Wahl wie in Preußen auch im Reich keine Mehrheit bringen. Es müsse eine starke deutschnationale Volkspartei hinzutreten. Wir wünschen nicht, fuhr Dr. Hugenberg fort, daß der schwarz-rote Parteistaat durch einen anderen Parteistaat abgelöst wird, auch nicht durch einen deutschnationalen oder nationalsozialistischen Parteistaat. Bei dem Neubau Deutschlands sollten wir uns von aller Nachahmung des Ausländischen fernhalten. Das gelte auch für Aeußerlichkeiten wie Uniformen und Gruß. Der neue Staat muß sich auf der reorganisierten Selbstverwaltung und einer organischen Verbindung zwischen Reich und Preußen aufbauen. Wir brauchen ein gesundes Eigenleben der Länder und eine stetige Regierung. Den Parlamenten muß das Recht genommen werden, die Minister abzusetzen. Nach wie vor sind wir zur praktischen Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten bereit. Aber Maßnahmen, wie diese sie jetzt dem marxistischen Programm entnehmen, z. B. Verstaatlichung der großen Gesellschaften oder Einsetzung von Staatskommissaren in den Betrieben — das klingt sogar nach Sowjetrußland — machen wir aus unserem Gewissen heraus nicht mit und würden nötigenfalls auch eine gemeinsame Regierung daran scheitern lassen. Wir glauben an Deutschland und seine Zukunft. Wenn alles wieder gut werden soll, müssen die bisher regierenden Mächte Zentrum und Sozialdemokratie, völlig aus der Regierungsgewalt ausgeschaltet werden. Auch das Zentrum! Deutschland wäre verloren, wenn Zentrum und Nationalsozialismus sich finden und gemeinsam Deutschland regieren sollten.

Justizrat Mönnig (Ztr.) im Rundfunk

T.U. **Berlin,** 28. Juli. Justizrat Mönnig, der Vorsitzende der rheinischen Zentrumspartei und stellvertretende Vorsitzende der preußischen Zentrumspartei, sprach am Donnerstag abend im Rundfunk über alle deutschen Sender. Er führte u. a. aus, das Zentrum stehe inmitten der radikalen Bewegungen unserer Zeit als der unerschütterliche Garant staatlicher, sozialer und wirtschaftlicher Ordnung. Das Zentrum beobachte wie kaum eine andere Partei den Kommunismus. Man könne ihn aber nicht bekämpfen, indem man die Sozialisten radikalisiere. Durch eine Koalitionspolitik und Heranziehung der Linken zur Mitverantwortung am Staate habe das Zentrum die Einheit des Reiches, eine sich dem Volksganzen verantwortlich fühlende, auf dem Eigentum beruhende Privatwirtschaft und die christlich-deutsche Volkskultur gerettet. Das Zentrum wende sich entschieden gegen jeden Sozialismus, weil es in der freien Verantwortung des unternehmenden Menschen eine Förderung der Volkswirtschaft sehe. Mit derselben Schärfe wende es sich aber auch gegen den Liberalismus, der den Eigennutz über das Gemeinwohl stelle. Deshalb sei das Zentrum stets eine soziale Partei gewesen. Der Redner erinnerte dann an die Bedeutung der bevorstehenden Wahlen und gab als Richtung für die weitere Arbeit der Zentrumspartei an, daß das Zentrum als Verfassungspartei den Kampf gegen jede Form von Diktatur, gerichtet gegen jeden Versuch, die Herrschaft einer einzelnen Partei in Deutschland aufzubauen oder an den Grundlagen der Verfassung zu rühren, fortführen werde. Ebenso werde es um die Durchsetzung christlicher Grundsätze im öffentlichen Leben kämpfen und eine staatliche Normierung des Christentums ablehnen. Das Ziel sei die wirkliche und echte nationale Konzentration, die niemanden, der guten Willens sei, von der Verantwortung ausschließe, eine nationale Konzentration, die nicht trenne, sondern zusammenführe.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Wahlschätzungen

Mandatsverteilung mit dem Rechenstift

Je näher der 31. Juli, der entscheidende Wahltag, heranrückt, desto kühner werden die Schätzungen der einzelnen Parteiangehörigen auf die Zahl der zu erreichenden Mandate. Wahlprophezeiungen abzugeben ist schon seit Jahren ein schlechtes Geschäft; denn man kann nur allzu leicht daneben raten. Trotzdem möchte jeder gerade in diesen Tagen innerpolitischer Hochspannung einen Blick in die nächste Zukunft tun. Eifrig wird mit dem Rechenstift gearbeitet.

Die Zahl der Wähler, die am 31. Juli stimmberechtigt sein werden, beläuft sich auf 44,5 Millionen. Würden alle Staatsbürger ihr Stimmrecht ausüben, so ergäbe dies bei dem augenblicklich geltenden Wahlquotienten bei einem Mandat auf 60 000 einen Mammut-Reichstag von etwa 740 Abgeordneten. Der letzte Reichstag zählte 577 Mitglieder und erbrachte die bisher größte Zahl von Abgeordneten. Für sie alle Platz zu schaffen, bereitete dem Büro des Reichstages größte Mühe und viel Kopfzerbrechen; denn im Laufe der Jahre ist die Zahl der Abgeordneten immer weiter gestiegen, so daß sich schon jetzt der Plenarsitzungssaal als zu eng erweist.

Wahlpraktiker glauben allerdings, daß diesmal die Wahlbeteiligung nicht über 80 Prozent hinausgehen wird, so daß bei 35 600 000 abgegebenen Stimmen ungefähr 585 Abgeordnete für den neuen Reichstag gewählt werden. Den Wahlschätzungen sei der einfachen Rechnung halber eine Abgeordnetenzahl von 600 zugrunde gelegt.

Es dürfte wohl außer Frage stehen, daß die NSDAP. diesmal die weitaus stärkste Fraktion des neuen Reichstages wird. Ihr großer Aufstieg begann mit den letzten Reichstagswahlen am 14. September 1930, als sie mit 107 Abgeordneten der eigentliche Sieger des Wahlkampfes war. Seitdem ist die nationalsozialistische Welle weiter angestiegen, wie die Ergebnisse der Länderwahlen zur Genüge erwiesen haben. Ueber die Zahl der Sitze, die die NSDAP. erzielt, gehen die Schätzungen weit auseinander. Bekommt sie ebensoviel Stimmen wie im zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl, so würde sie im ganzen zwischen 230 und 240 Abgeordneten stellen. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß bei den Stimmen für Hitler bei der Reichspräsidentenwahl auch ein gewisser Prozentsatz solcher Stimmen enthalten war, die sich bei den Reichstagswahlen nicht für die NSDAP., sondern für die Deutschnationalen entscheiden dürften. Die ungünstigste Schätzung der Nationalsozialisten lautet auf 12 Millionen Stimmen, gleich 200 Abgeordneten oder 33⅓ Prozent aller Mandate. Die günstigste Schätzung geht auf 280 Sitze, was 47 Prozent aller Mandate entspräche. Wenn auch die Nationalsozialisten bei einer Reihe von Länderwahlen etwa die Hälfte aller Stimmen bekommen haben, so darf man nicht vergessen, daß es sich vielfach um Bezirke handelte, die die NSDAP. als ihre eigentliche Domäne betrachten. Im Reichsdurchschnitt wären 40 Prozent nationalsozialistische Stimmen gleich 240 Sitze wohl das Ergebnis, das dem tatsächlichen am nächsten liegt.

Günstig werden die Aussichten der Deutschnationalen Volkspartei beurteilt. Man vermutet allgemein, daß sie, die im vergangenen Reichstag nach der vorangegangenen Abkehr vieler ehemaliger Abgeordneten nur mit 41 Mandaten einzog, diesmal einen erheblichen Stimmenzuwachs erzielt. Im günstigsten Fall schätzt man die Deutschnationalen auf 60 Sitze, im ungünstigsten auf 50.

Allgemein erwartet man auch ein Anwachsen der Sozialdemokraten, die die zweitstärkste Fraktion des neuen Reichstages bilden werden. Ihnen dürften nach allgemeiner Auffassung die Stimmen der Kommunisten zugute kommen. Die KPD. hat regelmäßig während der letzten Wahlkämpfe verloren. Dieser Wahlkampf hat eine sehr starke Propaganda der KPD. gebracht. Trotzdem glaubt man nicht, daß sie ihre Mandatszahl vom Reichstag 1930 in Höhe von 78 erreicht. Immerhin ist festzustellen, daß die eigentliche Ueberraschung dieser Wahl nur bei der Kommunistischen Partei liegen kann. Die ungünstigste Schätzung lautet auf 3,5 Millionen Wähler, die günstigste auf 7 Millionen. Schon dieser große Unterschied beweist, daß die Wahlschätzungen für die KPD. am schwierigsten sind. Je nach dem Ausfall der kommunistischen Stimmzahlen sind die Mandatsziffern der Sozialdemokraten einzusetzen, deren Sitzzahl zwischen 130 und 160 geschätzt wird.

Nach den agitatorischen Erfolgen des ehemaligen Reichskanzlers Dr. Brüning zu urteilen, müßte das Zentrum aus dieser Wahl gestärkt hervorgehen. Es hatte im verflossenen Reichstag 68 Sitze und kann leicht bis auf 80 ansteigen. Ebenso werden die Aussichten der Bayerischen Volkspartei günstig beurteilt, für die statt 19 Sitzen mit 22 bis 25 Sitzen gerechnet wird.

Der Wahlkampf geht um die Schlüsselstellung des Zentrums. Diese wird es nur dann behalten, wenn die gesammelte Rechte nicht 50 Prozent aller Stimmen erhält. Das kann jedoch bei diesen Reichstagswahlen sehr leicht der Fall sein. Unter Umständen wird das Wahlresultat entscheidend durch die Höhe der Wahlbeteiligung beeinflußt.

Der Wahlkampf am Donnerstag

T.U. **Berlin,** 28. Juli. Der seines Amtes enthobene preußische Innenminister Severing sprach am Donnerstag in drei überfüllten sozialdemokratischen Kundgebungen im Hackerbräu, im Bürgerbräukeller und im Zirkus Krone in München. Im Zirkus Krone sagte Severing, er sei von jeher der Auffassung gewesen, daß Privatarmeen, ganz gleich, welcher Partei sie dienten, ein Unfug seien. An der letzten Rundfunkrede des Reichswehrministers übte Severing Kritik. Es nütze nichts, mit der Faust auf den Tisch des Rundfunkhauses zu schlagen. Das deutsche Volk werde nur dann Gleichberechtigung erlangen, wenn es den Beweis seiner Kriegsfertigkeit erbringe. Zu den Vorgängen in Preußen bemerkte Severing, daß der Kanzler mit dieser Aktion in Wahrheit die Herbeiführung von Gleichhaltung von Reich und Preußen beabsichtigt habe. Am 20. Juli habe er, Severing, die Republikaner zur Ruhe und Besonnenheit aufgefordert. Das gelte auch heute noch. „Den Tag der Abrechnung auf gesetzlichem Wege bestimmen wir!"

Hitler sprach am Nachmittag auf der Radrennbahn in Aachen. An dieser Versammlung nahmen zahlreiche Ausländer aus dem benachbarten Belgien und Holland teil. Dann sprach Hitler auf den Rheinwiesen im Kölner Messegelände. Am Abend sprach er in den beiden größten Sälen Frankfurt a. M. — Der Parteivorsitzende der D.V.P., Dingeldey, forderte in der Berliner Philharmonie die Beseitigung der handels- und währungspolitischen Hindernisse zur Wiederingangsetzung einer vernünftigen Weltwirtschaftspolitik. Den Nationalsozialisten machte er u. a. den Vorwurf, daß sie als Massenbewegung im Begriff seien, die Macht der einen Hälfte des Volkes gegen die andere Hälfte auszuspielen und gegenüber den nationalen Kräften des deutschen Bürgertums Anstand und die vorauszusetzende Gleichberechtigung zu vergessen. — In Hamburg warf Dr. Wirth der Regierung vor, in Lausanne hinter die Brüning-Linie zurückgegangen zu sein. Heute gehe eine ungeheure Bewegung durch Süddeutschland und der ganze Westen koche. — In einer Wahlkundgebung der Deutschen Demokratischen Partei in Stuttgart erklärte der württembergische Wirtschaftsminister Maier u. a. daß wirtschaftlich für Süddeutschland alles auf dem Spiele stehe.

In einer Wahlversammlung der Deutschen Staatspartei in Mannheim setzte sich der frühere Reichsfinanzminister Dr. Dietrich mit der Regierung Papen auseinander. Die derzeitige Regierung könne ihre Machtposition nur dann halten, wenn sie die Wirtschaft im Ruhrgebiet wieder aufleben lasse. Nur auf der Basis von Kohle und Eisen könne im Reich wieder Ordnung geschaffen werden. Es sei Aufgabe des Reiches, die Mammutgebilde der Eisen- Kohlen-Konzerne stärker zu beobachten und notfalls mit Energie einzugreifen.

In einer Kundgebung des Zentrums in Limburg Lahn betonte der bayerische Ministerpräsident Dr. Held, das Spiel mit dem § 48 könne eine Katastrophe für das deutsche Volk werden, weil keine Ausführungsbestimmungen dafür vorhanden seien. Was in Preußen passiert sei, könne jedem anderen Lande genau so gut passieren. Die Erklärung von Papens, daß eine derartige Maßnahme in Bayern nicht geplant sei, sei noch lange keine Beruhigung.

T.U. **Berlin,** 28. Juli. Gregor Strasser betonte in Halle in einer Rede über die Staatsidee des Nationalsozialismus, die N.S.D.A.P. habe niemals die Koalitionsfähigkeit erstrebt, sondern um die ganze Macht gekämpft, weil anders der 9. November nicht zu liquidieren sei. Es sei auch gar nicht möglich, mit den anderen zu regieren, die nicht den Mut aufbringen können zu notwendigen, aber unpopulären Regierungsmaßnahmen. Wenn er, Strasser, in kurzem die Leitung der inneren Politik im Reich übernehmen sollte, so werde seine wichtigste Aufgabe die Wiederherstellung der Staatsautorität sein.

Reformmaßnahmen bei den Landkreisen und Amtsgerichten in Preußen

Berlin, 28. Juli. Der kommissarische preußische Innenminister Dr. Bracht gibt bekannt, daß durch Verordnung des Staatsministeriums **eine größere Anzahl von Landkreisen und Amtsgerichten eingespart werden.** Weitere Maßnahmen mit dem Ziele einer **Konzentration in der Zentralinstanz** stehen bevor. Mit der Reichsregierung sind Verhandlungen über eine engere Zusammenarbeit und zweckmäßigere **Aufteilung der Aufgaben zwischen Reich und Preußen eingeleitet.** Bei diesen Verhandlungen wird die Frage im Vordergrund stehen, ob die unter dem Zwang der Verhältnisse durch die Verordnung vom 8. Juni 1932 auferlegten drückenden Lasten wieder beseitigt oder wenigstens gemildert werden können.

Wie man hört, werden 60 preußische Landkreise und 60 preußische Amtsgerichte aufgelöst und mit benachbarten Bezirken verschmolzen.

Das Eisenbahnunglück am Gesundbrunnen

Berlin, 28. Juli. Die Pressestelle der Reichsbahndirektion Berlin teilt mit: Soweit bisher festgestellt werden konnte, sind bei dem Eisenbahnunglück am Gesundbrunnen **zwei Tote und 50 Verletzte** geborgen. Unter den Verletzten befinden sich mehrere Schwerverletzte. Eine der beiden Toten konnte bisher noch nicht identifiziert werden. Sie befindet sich im Leichenschauhaus. Bei der zweiten Toten handelt es sich um die Ehefrau Linkhorst aus Berlin. Ihr Mann ist schwer verletzt. Es sind aber nur noch 13 Verletzte in den Krankenhäusern.

Die Schuldfrage an dem Gesundbrunner Eisenbahnunglück ist noch ungeklärt. Der Lokomotivführer der Rangiermaschine verlor in dem Augenblick des Zusammenpralls die Nerven und lief davon. Sein Aufenthalt konnte bisher noch nicht ermittelt werden.

Die leer fahrende Lokomotive, die den Unfall des Personenzuges 208 verursachte, hat das Haltesignal überfahren, wie ihr Heizer bei seiner Vernehmung zugegeben hat. Krupke, der in der Charite wegen Nervenschocks aufgenommen ist, hat noch nicht vernommen werden können. Er ist 50 Jahre alt, hat schon 1917 die Lokomotivführerprüfung bestanden und gilt bei seinen Vorgesetzten als ein zuverlässiger und ordentlicher Beamter.

Die polnische Hetzpropaganda gegen Graf Gravina

T.U. **Genf,** 28. Juli. In maßgebenden Völkerbundskreisen werden die aus polnischen Regierungskreisen stammenden Gerüchte, nach denen der Rücktritt des Danziger Völkerbundskommissars Graf Gravina mit vollster Bestimmtheit unmittelbar bevorstehe und der Leiter der Danziger Abteilung des Völkerbundssekretariats, der Däne Rosting zum Völkerbundskommissar ausersehen sei, mit großer Entschiedenheit in Abrede gestellt. Man betont ausdrücklich, daß diese Gerüchte in keiner Weise den Tatsachen entsprechen. Vielmehr habe der Völkerbundsrat bereits im vorigen Jahr den 1932 ablaufenden Vertrag des Danziger Völkerbundskommissars Graf Gravina um drei Jahre bis 1935 verlängert. Weiter habe der Völkerbundsrat noch auf seiner letzten Tagung im Mai Gravina einstimmig seine besondere Anerkennung für die großen Verdienste ausgesprochen. Die Gerüchte über einen bevorstehenden Rücktritt des Grafen Gravina gehören damit zu der seit längerer Zeit von maßgebenden polnischen Kreisen eingeleiteten Hetzpropaganda.

Abonniert das „Durlacher Tageblatt"

21. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Er ging in das Schlafzimmer, in den Salon, blickte in alle Winkel, prüfte jedes mögliche Versteck, untersuchte sogar die Fenster, die fest verschlossen waren und stand dann, Umschau haltend, wieder in dem Herrenzimmer.

So eindringlich als ihm dies nur möglich war, setzte er im Geiste das Spiel in Szene, dessen Opfer Wemblin geworden. Alle nur erdenkbaren Stellungen der beiden ließ er aufmarschieren.

Konnte es nicht sein, daß Wemblin nachträglich in den Stuhl gesetzt wurde? Dann mußte sich irgendwo ein Blutfleck befinden. Auf dem Teppich oder an den Möbeln.

Mit der Lupe in der Hand kroch Wolter auf allen Vieren durchs Zimmer, um zunächst den Teppich eingehend zu besichtigen.

Er kam in die Nähe des dem Schreibtisch gegenüberstehenden Sofas und begann plötzlich zu schnuppern. Der schwache Duft eines fremden Parfüms stieg ihm in die Nase. Er riet hin und her und entschied sich für russische Eau de Cologne, ohne behaupten zu wollen, daß er sich nicht irre. Auf diesem Sofa hatte vor nicht langer Zeit eine Frau gesessen!

Wie ihm dieser Gedanke durch den Kopf fuhr und gleich darauf die Frage, wieso es gerade eine Frau gewesen sein müsse, da auch Männer Eau de Cologne Russe benutzen, entdeckte er in dem dicken Teppich den scharfen Eindruck des Absatzes eines Frauenschuhs. Er war nicht mehr allzu deutlich, dennoch war klar erkennbar, daß die Frau auf dem Sofa gesessen haben mußte und sich hart mit dem Absatz in den Teppich gestemmt hatte.

Wolter setzte sich aufs Sofa, um die Pose nachzuahmen. Dabei rutschte ihm die rechte Hand ab und in das Polster. Er verspürte einen Stich in der Hand und zog sie rasch zurück. Der gute Mann, der das Sofa gebaut, hatte offenbar leichtfertigerweise eine Nadel zurückgelassen!

Zu seinem nicht geringen Erstaunen fand er, nach dem Uebel forschend, eine mit Brillanten besetzte Busennadel, ein Schmuckstück von Wert. Bei genauerem Hinsehen erkannte er ein Wappen, das einen Ritter mit Fackel und Schwert zeigte.

Stand seine Entdeckung und der Fund mit Wemblins Tod in Zusammenhang?

Es verblieb ihm keine Zeit zu längeren Betrachtungen, denn Frau Brennert kehrte von ihrem Ausgang zurück.

Die kleine rundliche Frau sah den Kommissar mit neugierigen und forschenden Blicken an.

„Erschrecken Sie bitte nicht, mich hier vorzufinden."

„Nein, nein, der Portier hat mir ja Bescheid gesagt."

„Haben Sie ein paar Minuten Zeit für mich?"

„Ja, gern, ich will nur ablegen."

Frau Brennert trug das Marktnetz in die Küche und ging dann mit Wolter in das Herrenzimmer.

„Wie ich sehe, haben Sie hier schon wieder Ordnung gemacht."

„Na ja, das mußte ich doch wohl, nachdem so viele Leute hier drin herumgelaufen waren, sah es nicht zum besten aus. Und der Herr, der heute morgen da war — ich weiß seinen Namen nicht — hat nichts dagegen gehabt."

„Ich habe ja auch nichts dagegen, Frau Brennert, ich wollte lediglich hervorheben, daß Sie anscheinend eine sehr ordnungsliebende Frau sind."

„Du lieber Gott, Herr Kommissar, ich bin von Jugend auf an größte Sauberkeit gewöhnt und es würde mir direkt gegen den Strich gehen, wenn mal einen Tag hier nicht alles gesäubert würde. Es ist ja auch keine große Arbeit, wenn man einen guten Staubsauger hat, der alles klopft und bürstet."

„Mit dem haben Sie heute auch gearbeitet?"

„Freilich, heute und gestern und immer, tja! Kein Eckchen wird ausgelassen und keine Polsterfalte vergessen."

Mithin, so resumierte Wolter, konnte die Busennadel erst ganz kurze Zeit in ihrem Versteck geruht haben und der Abdruck im Teppich ebenfalls nur jüngsten Datums sein.

Bei ihrem Verhör durch Fränkel hatte die Brennert sich gestellt, als ob niemals ein weiblicher Fuß die Schwelle überschritten habe, zum mindesten nicht in letzter Zeit. Wußte die Brennert wirklich nichts von diesem Damenbesuch?

„Ist das nicht ein bißchen übertrieben, so oft reine zu machen, da ja Herr von Wemblin nur dann und wann sich einstellte und Besucher so selten kamen?"

„Eben weil er ganz plötzlich kommen konnte, mußte alles ständig in Ordnung sein."

„Er hat sie doch aber immer davon unterrichtet?"

„Ganz kurz zuvor aber erst."

„Und gestern fanden Sie ihn hier, ohne eine Ahnung zu haben?"

„Sonst wäre ich doch zu Hause geblieben."

„Trotzdem Sie sich die Kinokarte schon besorgt hatten?"

Frau Brennert sah Wolter unsicher an, als verstehe sie nicht, was er mit „besorgt" sagen wollte, dann antwortete sie:

„Besorgt habe ich sie mir doch erst, als ich ins Kino hineinging."

Mithin konnte sie sie nicht geschenkt bekommen haben und sein Verdacht, sie sei mittels eines Kinobilletts entfernt worden, war unzutreffend.

„Sagen Sie mal, Frau Brennert, war denn Herr von Wemblin nicht ärgerlich oder zum mindesten verwundert, daß er Sie nicht in der Wohnung vorfand?"

„Nein, sonst hätte er mir wohl auch nicht bereitwilligst gestattet, wieder fortzugehen. „Halten Sie sich meinetwegen nicht auf," sagte er zu mir."

Wemblin hatte sie also geradezu ersucht, sich schnellstens zu entfernen, und Wolter war wegen des Grundes nicht in Verlegenheit. Aber hatte denn Wemblin wissen können, daß die Brennert nicht zu Hause sein würde?

„Und doch hätte er Ursache gehabt, böse zu sein, daß Sie die Wohnung allein gelassen hatten."

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg